

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

13.11.1863 (No. 267)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. November.

N. 267.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## Telegramme.

**Wien, 12. Nov. (Sch. M.)** Die „Wien. Abendpost“ veröffentlicht die österreichische Depesche an den österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, vom 30. v. M. über die Bundesreform-Angelegenheit, nebst dem Memorandum über die preussische Depesche vom 22. August. Die Depesche bemerkt, daß Oesterreichs Wunsch einer Verständigung mit Preußen über das Frankfurter Werk unverändert sei; der Kaiser vertraue, daß Deutschland die Aussicht friedlicher Verbesserung seiner innern Verfassung und äußern Weltstellung nicht durch Uneinigkeit wieder verliere, drückt mit Bezug auf die Zwecke der Reformate und die formelle Geschäftsfrage die Hoffnung aus, der preussische Hof werde das Verlangen bestimmter Zugeständnisse vor dem Eintritt in Verhandlung fallen lassen und seine Stellung zur Reformate mit jener seiner Bundesgenossen in Einklang setzen. Die Beleuchtung der drei preussischen Bedingungen (Veto, Parität mit Oesterreich und Volkswahlen) im Memorandum resumirt, daß der erste Punkt Separatismus, der zweite Dualismus, der dritte Unitarismus bedeute, die drei Punkte doch unter sich und mit den Grundlagen der Bundesverfassung im Widerspruch stehen. Gesiehe es Preußen, die dargebotene Grundlage nochmals zu prüfen und darzulegen, welche Punkte der Reformate es vervollkommen wünscht, so würde ihm allerorts dankbarste Bereitwilligkeit bezüglich solcher Wünsche entgegenkommen.

**Tripoli, 11. Nov. (W. T. B.)** Der Lloydampfer „Europa“ ist am 3. bei Varnala auf Cypern gestrandet. Reisende, Gelder und Post sind jedoch gerettet.

**Kopenhagen, 11. Nov.** In der heutigen Sitzung des Reichsraths wurde der Reichsgrundgesetz-Entwurf in zweiter Berathung angenommen. Nächsten Freitag findet die dritte Berathung statt.

Die Einladung zu dem Kongress ist auch hier eingetroffen. Die „Berling. Tidend.“ findet eine zusage Antworthatur- und sachgemäß.

## Deutschland.

**Stuttgart, 10. Nov. (Nürnb. Corr.)** Wie man hört, ist Romer, der Präsident unserer Zweiten Kammer, genommen, sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen. Er ist durch Kränklichkeit verhindert, die Präsidialgeschäfte wieder zu übernehmen; daher der ungemüthige Entschluß, lieber zurückzutreten, als sein Amt durch den Vizepräsidenten verwalten zu lassen.

**Darmstadt, 10. Nov.** Nach dem „Frankf. Journ.“ wäre Heinrich v. Gagern zum großh. hess. Gesandten in Wien bestimmt.

**Darmstadt, 10. Nov.** In der heutigen Sitzung unserer Zweiten Kammer wurde die gestern begonnene Berathung und Beschlußfassung über Hauptabtheilung I des Ausgabebudgets: „Lafien und Abgänge“ beendigt. Veranlassung zu einer längern und lebhaften Diskussion gab eine Anforderung für Entschädigungsrenten an die Standesherrn in Gemäßheit einer mit dem vorigen Landtag auf Abänderung der beschlossenen Bestimmung des Gesetzes von 1848 über die Rechtsverhältnisse der Standesherrn getroffenen Vereinbarung. Da jedoch diese Vereinbarung zwischen Re-

gierung und Ständen nicht als Gesetz publizirt, sondern nur im Landtags-Abschied kurz erwähnt worden war, hatte der Ausschuss die betreffende Bestimmung des Gesetzes von 1848 als fortwährend gültig angesehen und auf Nichtbewilligung der geforderten Summe von 10,420 fl. angetragen. Die Kammer schloß sich diesem Antrag auch an, obgleich Seitens des Regierungskommissärs, Geh. Staatsraths v. Bechtold, und der adeligen Kammermitglieder, sowie des Abg. Hofmann (Friebberg) die Erwähnung der ständischen Beschlüsse in dem Landtags-Abschied für genügend erklärt und die Entrichtung der Staatsrenten nur als die Erfüllung eines den Standesherrn gegen den Fiskus zustehenden wohlverworbenen Rechts bezeichnet wurde. Für die Anträge des Ausschusses waren sehr lebhaft eingetreten Mes, K. J. Hoffmann II., D. Hofmann I. und Bollhahn.

Nach Erledigung dieses Gegenstandes beschäftigte sich die Kammer mit der Prüfung des bei der früheren Verhandlung ausgesetzt gebliebenen Postens der Reichsrentenabgabe, die von den beiden hiesigen Banken übernommenen pefuniarer Leistungen an den Staat und deren Berechnung betreffend. Es war hiebei von Seiten des Ausschusses ein Widerspruch gefunden worden zwischen der betreffenden Verrechnung Seitens der Regierung und den bezüglichen Erklärungen der Bankdirektion, insbesondere auch in Gegenwart der Regierungskommissäre auf der Generaterversammlung der Aktionäre. Erstere hat nämlich die bei der dritten Emission der Bank für Handel und Industrie ihr zugesicherte Summe als ein Fixum mit 250,000 fl. verrechnet. Nach der Erklärung der Bankdirektion dagegen ist die betreffende Verpflichtung gegen die Regierung durch Begebung von 6000 sogenannten Berechtigungscheinen gedeckt worden, welche nach den damaligen Kursen gerechnet, einen Agiogewinn von 357,000 fl. bis zu 408,000 fl. ergeben haben, also 107,000 bis 158,000 fl. mehr, als die Regierung verrechnet, bezw. vereinnahmt hat. Die Regierung hatte auf beschlossene Anträge des Ausschusses unterlassen, diesen Widerspruch näher zu erläutern, und statt dessen die Sache als eine „rein innere“ Angelegenheit der Bank bezeichnet. Unter diesen Umständen beschloß die Kammer nach einem längern, zur Erläuterung bestimmten Vortrag des Regierungskommissärs und nach kurzer Diskussion in Gemäßheit des Ausschussesantrags einstimmig, ein Ersuchen an die Regierung zu richten: „eine Untersuchung zur Aufklärung des hier erwähnten Widerspruchs zu veranlassen.“

**Montabaur, 7. Nov.** Auf einer gestern hier stattgehabten Versammlung der hiesigen Großdeutschen wurde der Beschluß gefaßt: „für das Amt Montabaur keinen Geistlichen mehr in den Landtag zu wählen.“

**Kassel, 9. Nov. (Hess. Wrgnz.)** Zur heutigen Landtagswahl waren 1357 Wähler erschienen, welche bis auf sechs sämmtlich Hrn. Oberpostmeister Rebeckhan ihre Stimmen gaben.

**Koblenz, 10. Nov. (Köln. Z.)** Ihre Maj. die Königin hat vorigen Samstag den Besuch Sr. Maj. des Königs der Belgier empfangen. Höflichkeit hat auf dem königl. Schlosse gepeist und den Abend zugebracht, und ist am nächsten Tage nach Brüssel weitergereist. Die Königin hat heute in Köln den Dom besucht unter Leitung des Kardinals v. Geißel, und darauf die Anlagen der unter ihrem Protektorat stehenden Gesellschaft „Flora“, sowie die neue Passage und das Richarz'sche Museum in Augenschein genommen.

## Die Tüllinger Wirthstochter.

(Fortsetzung aus Nr. 266.)

Erschaffung und Erschöpfung hatte sich der Truppen bemächtigt und sie bedurften der Speise und des Tranks. Da und dort lagerten sie bei ihren Waffen, ohne sich an den blutenden Leichnamen zu erschrecken. Dort bei der Tüllinger Kirche stand die Kolonne des General Erffa; dieser selbst, von seinen Offizieren umgeben, hatte neben sich den jungen Bauern, seinen Führer, den wir, den Knotenstock in der Rechten, mit den stürmenden Soldaten gegen die Franzosen dringen sahen.

„Hör, Bursche,“ sagte der General, „Du hast uns gute Dienste geleistet und bist wahrhaftig wie ein alter Soldat gegen den Feind vorwärts gedrungen. Wir haben Dich schon in Friedlingen gesehen; was Du aber heute gethan, das verdient eine ganz besondere Belohnung. Die soll Dir werden, verlange, was Du willst.“

Hans, denn er war dieser Bauer, wollte gerade antworten und verlangte, daß man ihn nach Tüllingen gehen lasse, da sprengten Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden und Erbprinz Karl Wilhelm von Baden-Durlach herbei.

General Erffa ging ihnen entgegen, sie zu begrüßen.

„Wer war's, General,“ wandte sich der Markgraf nach den ersten Begrüßungen an diesen, der Eure Kolonne durch die Reben führte? — Ich sah einen Bauern mit seinem Knotenstock bei Euren vordersten Soldaten — bei Gott, den Burschen möcht' ich sehen!“

Hans, der in seiner Bescheidenheit stehen geblieben war, indessen die Offiziere ihren Führer folgten, war durch diese den Augen des Prinzen entgegen. Aber der Erbprinz Karl Wilhelm, der hoch zu Ross über die Offiziere hinwegschaute, erblickte alsbald den Bauern mit seinem Dreifüßigen in der Hand.

„Was, da ist ja der Hans, unser alter Führer!“ rief er, noch ehe Erffa antworten konnte. „Sollte mich gewaltig irren, wenn mein Väter aus Euren nicht Euer Führer war. — O, Hans, trete nur

vor, Durchlaucht, der Markgraf, kennt Dich ja auch, hast ihn ja von Wültheim nach Friedlingen geführt.“

Hans näherte sich, immer den Hut in der Hand, indessen die Offiziere ihm Platz machten.

„Das war auch mein Führer, Durchlaucht,“ sagte da Erffa, „und ich wollt' ihn eben fragen, auf welche Weise ihm am besten gelohnt werden könnte — denn, beim Teufel!“ legte er hinzu, „ohne ihn wäre ich wohl eine Stunde später gekommen.“

„Und das wäre zu spät gewesen, General, — darum hat uns der Bauer hier gerettet.“

Auf dies hin befragt, wie man ihm den Dienst lohnen könnte, meinte er, indem er den Hut in den Fingern drehte, er möchte jetzt wohl nach Tüllingen hinunter, und so gab schnell ein Wort das andere bei den Fragen der hohen Herren, bis der Bauer erzählt hatte, daß er das Wirthshaus zu hüten versprochen.

„Und hast Du noch viel Ess- und Trinkbares in Deinem Wirthshaus?“ fragte der Erbprinz.

„Ich glaube, ja,“ entgegnete Hans unbefangen.

„Gut, gut. Wir wollen Dir Alles abkaufen, besser, als daß es die Franzosen nehmen.“

Nach einer Stunde rückte Abtheilung um Abtheilung mit Wagen, Säden und Körben vor die Tüllinger Wirthschaft zur Sonne, um die von den Bauernburschen, welche Hans zur Aufsicht genommen hatte, aus Keller und Vorrathskammer gebrauchte Vorräthe an Wein und Lebensmittel den Fouragier- und Proviantabtheilungen zu übergeben. Ein Kommissär notirte alles Herausgehende genau auf. Bald, schon nach nicht ganz zwei Stunden waren alle Vorräthe weggeschafft und da kam endlich auch Hans mit der letzten Ladung herauf. Er hatte sich recht abgemüht und der Schweiß triefte ihm von der Stirne.

„Alles ist fort, Hr. Kommissär,“ sagte er lachend, „gut mir leid, daß ich nichts mehr vorfinden kann.“

**Hendsburg, 6. Nov. (N. W.)** Gestern und heute ist man militärischer Seite beschäftigt, schweres Belagerungsgeschütz nordwärts zu transportiren.

**Schleswig, 6. Nov. (N. W.)** Den Zurüstungen nach zu urtheilen, so ist ein Krieg für Dänemark unausbleiblich; Alles hat hier einen wirklich kriegerischen Anstrich. Täglich sieht man jetzt mit Kanonen nach den verschiedenen Schanzen fahren, sowie mit Holz zu Pulverkammern, Pulverkassen und sonstigen Dingen. Gestern und heute gingen jedesmal acht Stück Wallgeschütze von hier nach Miffunde ab. Eine große Schanze, wie man hört zu zwanzig Kanonen, wird an dem Ende des Margarethenwalls, welcher an den Einschnitt des Buxtorfer Teichs stößt, auf der Buxtorfer Seite errichtet, und noch zwei Schanzen mehr sollen auf dem Buxtorfer Felde erbaut werden. Täglich mehrt sich die Zahl der Soldaten in unserer Stadt, indem die beiden Bataillone, sowie das Dragonerregiment bedeutend verstärkt worden. Dann liegen hier eine bedeutende Anzahl Pioniere und 500 Mann Festungsartillerie.

**Berlin, 10. Nov.** Die wichtigste Nachricht in Bezug auf auswärtige Politik — schreibt man der „Kön. Ztg.“ — ist heute, daß nicht bloß Oesterreich, sondern auch England dem vom französischen Kaiser vorgeschlagenen Kongress keine Hindernisse in den Weg legen will. Die Zustimmung Rußlands scheint Napoleon III. vorauszusetzen, und eine Ablehnung Preußens sieht daher um so weniger zu erwarten, als sich das Berliner ministerielle Blatt über die Idee des Kongresses bereits günstig ausgesprochen hat. Es fragt sich allerdings noch, ob man sich über die Grundlagen und Vorbedingungen eines Kongresses verständigen kann. Frankreich soll sich bereits geneigt zeigen, die Verträge von 1815, so weit sie nicht abgeändert, als Ausgangspunkt der Unterhandlungen gelten zu lassen. Der Zutritt eines Kongresses ist also nicht gerade unwahrscheinlich; ob er aber zum Frieden oder zum Krieg führen wird, darüber mag Jeder nach seiner Anschauung der Weltlage sich ein Urtheil bilden.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin verließen Edinburgh Dienstag Abends 10 Uhr 15 Minuten auf der schottischen Nordost-Eisenbahn. Kurz darauf entging der Zug nur mit knapper Noth einem Unfall; ein Güterzug war nämlich von den Schienen gerathen, und ein Theil des Fußbodens in dem Waggon, in welchem sich das kronprinzliche Paar nebst Gefolge und Dienerschaft befand, wurde bei dem Versuche, vorbeizufahren, zertrümmert. Glücklicher Weise ging der Zug außerordentlich langsam, so daß keine weitere Beschädigung vorfiel. Da zu Peterborough ein Aufenthalt von zwei Stunden stattfand, weil die Reise von hier nach Sandringham auf der Great-Casern-Bahn fortgesetzt werden mußte, begaben sie sich in das Great-Northern-Hotel und nahmen die Stadt mit deren Merkwürdigkeiten in Augenschein.

Zu den Kosten von 3 Millionen Thalern für die militärische Besetzung der polnischen Grenze kommen noch 800,000 bis 1,000,000 Thlr. für die Kriegsbereitschaft gegen Hessen zu Ausgang vorigen Jahres. Die Verrechnung dieser Summen zu dem diesjährigen Budget dürfte indess wahrscheinlich nur bei dem letzten Betrage zutreffen, während der Aufwand für den polnischen Aufstand später in einem Gesamtposten eingebracht und berechnet wird. — Die beiden großen Fraktionen des Hauses der Abgeordneten haben

„Habt Ihr auch unten notirt?“ meinte der Kommissär, ein schon älterer, aber jovialer Mann.

„Ja, Herr Kommissär, das hätte zu viel Zeit weggenommen und die Soldaten haben Hunger und Durst. Ihr werdet ja wohl nichts vergessen haben.“

„Mit meinem Wissen nicht,“ sagte dieser; aber Ihr müßt wohl mitkommen zur Durchlaucht, dem Herrn Markgrafen, dort soll Euch der Betrag ausbezahlt werden — aber noch gibt es eine Bedingung, Hans, das muß ich Euch sagen. Deshalb schließt nur sorgfältig ab. — Wie viel meint Ihr denn wohl, daß das ganze Haus da werth ist mit sammt den Möbeln und was noch blieb?“ fragte der Kommissär lächelnd, während sie nach der Höhe gingen.

„Um!“ meinte Hans gutmüthig, „jeht, da das Vieh, das Futter, die Lebensmittel und die Getränke weg sind, ist wohl für kaum mehr als dreihundert Dublonen Werth da drinnen, alles Hausmöbel und Linnenzeug gerechnet. Aber, wenn die Franzosen kommen, gibt mir Niemand einen Heller drum.“

„Die kommen und werden das Haus und was drinnen ist nicht schonen — habt ja zwei ihrer Spione anstupsen sehen, ja, seid ja daran Schuld, daß man es that,“ legte er lächelnd hinzu.

„Das ist wahr,“ meinte Hans, „muß aber doch um die Sache sehen, sie gehört nicht mein und ich habe es versprochen.“

„Nun, nun, kommt nur mit, — wollen sehen, was zu machen ist.“ (Schluß folgt.)

**Neuer Komet.** Nachdem im Oktober zu Nauen und Marseille der vierte diesjährige Komet entdeckt war, entdeckte der wenigen Tagen Hr. Wilhelm Tempel in Marseille den fünften diesjährigen Kometen: 1863 A. Nov. 17 $\frac{1}{2}$  Uhr in 173 Grad 15' südlicher Deklination. Der Komet hatte die Helligkeit eines Sterns vierter Größe, einen Schweif von mehr als einem Grad Länge, und ist nur in der Morgendämmerung am südöstlichen Himmel sichtbar.



vorgestern ihre ersten Vorkämpfungen gehalten. In der Fraktionsversammlung des linken Zentrums sind einige 90 Mitglieder anwesend gewesen. In der Fortschrittspartei hat noch eine große Anzahl Mitglieder gefehlt, die indes meist gestern früh eingetroffen sind. Die Stärke dieser beiden Fraktionen wird sich, wie es scheint, ziemlich so stellen, wie es gleich nach den Wahlen in den Zeitungen berechnet wurde, nämlich auf 100, bezw. 150. Die beiden Fraktionen bilden also fünf Siebentel des ganzen Hauses. — So viel bis jetzt verlautet, ist mit ziemlicher Gewissheit anzunehmen, daß eine Adresse von Seiten der liberalen Majorität weder beantragt noch angenommen werden wird; doch sind beschalligte Beschlüsse noch von keiner Fraktion gefaßt worden.

**Berlin, 11. Nov.** Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine zweite Sitzung. Es ist ein Antrag des Abg. Löwe und Gen. eingegangen, dahin gehend, die gegen die Abg. Frese und Barre wegen des Wahlaufspruchs eingeleitete Untersuchung zu sistiren. Der Alterspräsident ist der Ansicht, daß ein Beschluß darüber erst gefaßt werden könne, wenn das Haus sich konstituiert habe. Bei einer Debatte sprechen die Abg. Frese, Schulze-Delitzsch, John und Wachsmuth gegen die Ansicht des Präsidenten, der Abg. Graf Schwerin dafür. Der Antrag wird schließlich mit großer Majorität angenommen. Demnächst wird die Konstituierung der Abtheilungen mitgeteilt. Es folgen hierauf in die Tagesordnung eingehend Wahlprüfungen, und es werden ohne wesentliche Einsprüche 228 Wahlen erledigt und angenommen. Schluß der Sitzung 3 Uhr; nächste morgen 10 Uhr, Präsidentenwahl. Angemeldet auf dem Bureau des Abgeordnetenhauses als anwesend sind bis jetzt 261 Abgeordnete. Zu Vorsitzenden der Abtheilungen wurden gewählt: die H. H. Walbeck, Stavenhagen, Tschow, Dr. Löwe, Schulze-Delitzsch, v. Carlowitz und v. Unruh.

Die Kommission des Herrenhauses zur Berathung der Freiworlagen besteht aus den H. H.: v. Meding, Dr. Brüggemann, v. Karstedt, v. Flöge, v. Below, Herzog v. Ujest, v. Daniels, v. Senfft, v. Rabinan, Graf Arnim-Boysenburg, v. Waldbaw, Reichenstein, Graf Schulenburg, Heßler, Herzog v. Ratibor, v. Zender, Graf Hartenberg. Die Adresskommission besteht aus den H. H.: v. Meding, Graf v. Schlegel, Graf Dohna-Reichertsvalde, Dr. Göge, Graf Brühl, Hohmeyer, Uhden, Frhr. v. Malzbahn, Graf Rittberg, und v. Warwig. Die Kommission wird nächsten Samstag Sitzung halten.

Die Novelle zum Press- und Strafgesetz enthält auszüglich folgende Bestimmungen:

§. 1. Auf Verbot des Erscheinens einer inländischen Zeitung kann der Richter erkennen, wann wegen eines durch den Inhalt begangenen Verbrechens zum ersten Mal oder wegen eines Vergehens innerhalb 5 Jahren zum zweiten Mal eine Verurteilung erfolgt. Es muß auf Verbot erkannt werden, wenn während einer Zeit von 5 Jahren zum zweiten Mal wegen Verbrechens oder zum dritten Mal begangenen Vergehens Verurteilung erfolgt.

§. 3. Wer eine verbotene Zeitschrift verkauft oder verbreitet, wird für jede Nummer von 10 bis 100 Thlr. oder mit Gefängnis von einer Woche bis zu einem Jahr bestraft.

§. 37 des Pressgesetzes ist aufgehoben; §. 34 dahin abgeändert, daß für Pressverbrechen und Vergehen Jeder verantwortlich ist, der nach allgemein strafrechtlichen Grundsätzen als Urheber oder Theilnehmer strafbar erscheint. Der Redakteur ist in allen Fällen, wo er nicht als Urheber strafbar erscheint, dies als Theilnehmer.

§. 6. Der §. 35 des Pressgesetzes wird dahin abgeändert, daß der Verleger und Kommissionsverleger in allen Fällen, wo er nicht als Urheber oder Theilnehmer schon strafbar ist, für Pressvergehen mit 25 bis 200 Thlrn., für Pressverbrechen einer Druckschrift mit 50 bis 500 Thlrn. bestraft wird.

§. 9. Für die nach §. 87 (Aufreizung zum Ungehorsam), §. 100 (Schmähung des öffentlichen Friedens durch Anfechtung zu Haß und Verachtung gegen Staatsangehörige), §. 102 (Verleumdung der Kammer, der Beamten etc.), §. 101 (Schmähung und Verhöhnung der Einrichtungen des Staats und der Obrigkeit) darf nicht mehr auf Geldbuße, sondern in u. h. auf Gefängnisstrafe erkannt werden. — §. 10. Verleumdung des Verfahrens in Presssachen. §. 11. Die Verordnung vom 1. Juni tritt außer Kraft, sobald das vorliegende Gesetz rechtsgültig ist.

**Berlin, 11. Nov.** In einer Erörterung über die Aussichten des von Frankreich betriebenen Kongressplans äußert die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“: „Was Preußen anbetrifft, welches bei einem Kongress weder Etwas zu fürchten noch Etwas zu hoffen hat, so wird dasselbe sicherlich nicht durch einen Widerspruch seinerseits dem Zustandekommen einer solchen Vereinigung entgegengetreten. Während allen anderen Staaten (?) damit gebietet sein muß, die Veränderungen, welche seit 1815 und gegen die Verträge dieses Jahres eingetreten sind, durch einen Akt internationalen Rechts aus dem zweifelhaften Rechtstitel der vollendeten Thatsache herauszuziehen, hat Preußen loyal und ohne Hintergedanken an jenen Verträgen festgehalten. Deshalb ist sein momentanes Interesse an einem solchen Kongress ein geringes.“ Diese Aeußerung scheint mit anderseitigen, aus guten Quellen stammenden Nachrichten über Preußens Stellung zu der Kongressidee kaum im Einklang zu stehen. Diesen Nachrichten zufolge beobachtet die hiesige Regierung dem Pariser Plan gegenüber bis jetzt ein durchaus zuwartendes Verhalten. Wegen der etwaigen Beteiligung Preußens an dem in Vorschlag gebrachten Kongress ist noch keine Entscheidung erfolgt. In Betreff der ganzen Frage schweben mit anderen Mächten Unterhandlungen, durch deren Ergebnis der diesseitige Entschluß wesentlich bedingt sein dürfte.

Die Antwort des Berliner Kabinetts auf das mit der österreichischen Depesche vom 30. Okt. nach Berlin abgegangene Memorandum in der Bundesreform-Frage ist bereits nach Wien abgegangen. Die preussische Regierung soll darin erklären, daß sie sich nicht veranlaßt sehe, von den Vorbedingungen für die weitere Verhandlung, welche in dem Schreiben Sr. Maj. des Königs vom 22. Sept. aufgestellt worden waren, abzugehen.

Wie verlautet, wird Se. Königl. Hoheit der Kronprinz

heute Abend von Magdeburg aus nach England abreisen. Von dort kehrt Höchstselbe mit seiner erlauchten Gemahlin und den fürstlichen Kindern gegen Ende dieses Monats nach Berlin zurück. — Die Mitglieder des Staatsministeriums, welche im Gefolge Sr. Maj. des Königs sich am Montag nach Reglingen begeben haben, werden morgen Vormittag hier wieder eintreffen. — Ihre Maj. die Königin Augusta beabsichtigt, auf ihrer in der zweiten Hälfte dieses Monats erfolgenden Reise von Koblenz nach Berlin dem großh. sächsischen Hofe in Weimar einen Besuch abzustatten. — Heute früh ist der Staatsminister a. D. v. Bethmann-Hollweg nach fünfmonatlicher Abwesenheit mit seiner Familie von Schloß Rheineck hier wieder angelangt. — Der Medizinalrath Prof. Dr. Müller in Königsberg, jetzt Mitglied des Abgeordnetenhauses, ist vom Disziplinarhof zur definitiven Amtsentlassung verurtheilt worden. Vor kurzem wurde bekanntlich vom Kammergericht dem Stadtgerichts-Rath Twesten wegen Vertheiligung an regierungsfeindlichen Agitationen eine Verurteilung zuerkannt. Wie verlautet, hat die Oberstaatsanwaltschaft gegen dies Urtheil an das Obergericht appellirt.

**Wien, 9. Nov.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Der französische Kongressvorschlag ist dem Vernehmen nach von Seiten des Wiener Kabinetts im Prinzip angenommen worden; dagegen dürfte das dem Kongresse zur Berathung und Beschlussfassung vorzuliegende Material, sowie der Ort des schließlichen Zusammentritts der Souveräne auf ungleich größeren Widerstand hier stoßen. So viel hört man jetzt schon versichern, daß man sich hier nie und unter keiner Bedingung dazu verstehen würde, nach Paris, als dem eventuellen Versammlungsort der europäischen Fürsten, sich zu begeben, und glaubt man, daß dieselben Bedenken, welche sich hier gegen die französische Hauptstadt geltend machen, auch anderwärts maßgebend sein würden. — Nach dem projektirten neuen Heeresergänzungs-Gesetz ist die Präsenzzeit des Soldaten bei seinem Truppentkörper auf vier Jahre herabgesetzt worden. Auch die neue Formation der sämtlichen Infanterie von 80 auf 100 Regimenter ist bereits von Sr. Maj. dem Kaiser genehmigt worden und dürfte binnen kurzem kund gemacht werden. Es entfällt durch diese Umänderung in der taktischen Eintheilung der Fußtruppen eine Verminderung von 20 Bataillonen, indem die neu formirten 100 Regimenter nur je drei Bataillone haben werden, während die jetzigen 80 Regimenter je vier Bataillone im Stände führten. — Die mit vielem Aplomb angekündigte Unionbank wird nun definitiv nicht ins Leben treten und hat sich das bezügliche Consortium aufgelöst, angeblich, wie es heißt, wegen überspannter Anforderungen des Konzeptionärs an die eigentlichen Gründer der Unionbank. Er soll nicht mehr und nicht weniger als 300,000 fl. in Silber für die Ueberlassung der Konzeption gefordert haben. Auch über die zweite projektirte Anglo-Austrian-Bank, als deren Präsident der Fürst Sapieha genannt wurde, ist es momentan auffallend still geworden und scheint es beinahe, daß das ausländische Kapital bei dem allmählichen, aber stetigen Steigen des Silberkurs in seinem Eifer, sich in Oesterreich zu akkumuliren, etwas nachgelassen hat.“

**Wien, 10. Nov.** (Fr. P.-Ztg.) Es läuft die Nachricht um, in Galizien werde der Belagerungszustand proklamirt werden. Sofern darunter verstanden wird, die Maßregel sei eine bereits beschlossene Sache und stehe unmittelbar bevor, ist die Nachricht falsch; aber allerdings liegen die Sachen zur Zeit so, daß man kaum noch hoffen darf, der Belagerungszustand werde zu umgehen sein. Vorläufig haben dem Vernehmen nach die sämtlichen vierten Bataillone der galizischen Infanterieregimenter Befehl erhalten, sich auf den Kriegsfuß zu setzen, und rücken außerdem zwei in Ungarn stationirte Kavallerieregimenter in Galizien ein. Die Mittheilung der „Allgen. Ztg.“, daß eine hervorragende Persönlichkeit aus dem Staatsministerium nach Krakau und Lemberg abgegangen sei, um die dortigen Zustände aus eigener Anschauung kennen zu lernen, wird als unrichtig bezeichnet; es hat keinerlei derartige Abordnung stattgefunden.

**Frankreich.** **Paris, 10. Nov.** Der „Köln. Ztg.“ geht die bis auf anderthalb Seiten Einleitung vollständige offizielle Darlegung der Weltlage zu, welche das „Gelbe Buch“ bringen wird. Wir entnehmen derselben folgende Stellen von allgemeinem Interesse:

Wir waren überzeugt, daß das sicherste Mittel, Verwicklungen (anlässlich der polnischen Frage) vorzubeugen, darin bestand, daß man sich entschlossen zeigte, ihnen mit aller erforderlichen Festigkeit gegenüber zu treten, und daß die Konflikte zwischen den Regierungen seltener durch lächerliche Entschlüsse, als durch Zögerlichkeit und Entschlossenheit entstehen, welche die Schwierigkeiten immer enger werden lassen. Unser Vorschlag wurde nicht angenommen.

Der russische Hof antwortete auf das Programm der drei Mächte in absolut ablehnender Weise (par une fin de non-recevoir absolue). Er versprach, wegen der sechs Punkte Rechnung zu tragen, aber erst, wenn der Zustand unterdrückt wäre. Er wies jede Idee von Waffenstillstand ab und bestritt die Kompetenz der Unterzeichner der Generalakte von 1815, welche er früher anerkannt hatte; er schlug vor, mit Oesterreich und Preußen als Theilungsmächten eine besondere Unterhandlung anzuknüpfen.

Das Wiener Kabinet wies diesen Vorschlag ohne Zögern als seinen Pflichten gegen die andern beiden Mächte zuwider ab, und erklärte sich darüber in Petersburg mit einem Selbstentschluß und einer Offenheit, die seiner Loyalität zur Ehre gereicht.

Die Regierung des Kaisers legte gleichzeitig in London und Wien den lebhaftesten Eindruck auseinander, den sie bei dem Empfang der russischen Antworten empfand.

Die drei Kabinette fanden neue Mittheilungen, deren Schlussfolgerungen in identischen Ausdrücken abgefaßt waren, nach Petersburg. Sie erklärten Rußland einstimmig für die Folgen verantwortlich, welche die Weigerung, ihren Vorkillungen Rechnung zu tragen, und die Verlängerung der polnischen Anträge nach sich ziehen könnten.

Die letzten Depeschen des Fürsten Gortschakoff sind bekannt. Trotz des geringen Erfolgs der diplomatischen Intervention der drei Mächte kann die Regierung des Kaisers sich das Zeugnis ablegen, daß

sie von dem Augenblick, wo die polnische Angelegenheit aufgeworfen wurde, in den Grenzen ihrer Rechte und ihrer Pflichten gegen Europa nichts vernachlässigt hat, um sie zu erledigen.

Indem sie auf das schmerzliche Schauspiel des in Polen stattfindenden Kampfes stets achtsam bleibt, verliert sie keines der großen damit zusammenhängenden Interessen außer Augen. Sie wird ihr Einverständnis mit England und Oesterreich beibehalten und will nicht glauben, daß die Einigkeit der Kabinete in einer ihrer Fürsorge so würdigen Frage unerschütterlich bleiben wird.

Wir mögen uns deshalb nicht an, unsere Lösung den Mächten aufzuzwingen (imposer), die so sehr und sogar direkter wie wir bei der Regelung der schwebenden Schwierigkeiten interessiert sind. In einer durchaus europäischen Frage ist es weder unseren Obliegenheiten noch unseren Rechten entsprechend, der Verantwortlichkeit, die Alle zu theilen haben, allein entgegenzugehen.

Die Angelegenheit der Elbe-Herzogthümer ist Gegenstand des Streites zwischen dem Kopenhagener Hofe und dem Deutschen Bunde geblieben. Da die dänische Regierung für die verfassungsmäßige Reorganisation der Monarchie Maßregeln ergriffen hat, welche der Frankfurter Bundesact mit seinen früheren Beschlüssen und mit den von Dänemark eingegangenen Verpflichtungen nicht übereinstimmend erklärte, so haben sich die deutschen Kabinete dahin geeinigt, zu einer militärischen Besetzung des Herzogthums Holstein durch Bundesstruppen ihre Zustimmung zu nehmen. Ohne im Prinzip das Einmischungsrecht Deutschlands in die Angelegenheiten Holsteins und Lauenburgs, welche zum Deutschen Bunde gehören, zu bestritten, behauptet das Kopenhagener Kabinet, daß, da es den Ansprüchen der holsteinischen Stände alle mit den Rechten der Krone zu vereinbarenden Genugthuungen gegeben hat, die Bundesexekution sich durch kein legitimes Motiv rechtfertigen ließe. So würde diese Maßregel in Wirklichkeit nur zum Zweck haben, Dänemark zu zwingen, das Herzogthum Schleswig, eine dänische Provinz, unter ein politisches und administratives Regiment zu stellen, welches der Integrität der Monarchie Schaden bringen würde (qui porterait atteinte à l'intégrité de la monarchie).

Die Regierung Sr. Majestät hat nicht ohne Bedauern einen Streit sich erbittern sehen, den ihre Rathschlüsse stets auszugleichen gesucht haben. Gleichzeitig durch unsere althergebrachten Sympathien für Dänemark und durch die Rücksichten auf eine gute Nachbarschaft, welche unsern Beziehungen zu Deutschland vorsehen, geleitet, haben wir doppelt Anstrengungen gemacht, um den Rath der Klugheit zur Geltung zu bringen und eine unvermeidliche Krise abzuwenden. Es konnte kein Konflikt entstehen, ohne daß die skandinavischen Staaten, welche bei der Erhaltung des Gleichgewichts im Norden Europa's direkter interessiert sind, dahin kommen, an dem Kampf Theil zu nehmen, und ohne ernste Verwicklungen hervorzugehen zu lassen, an welchen die Mächte, die den Londoner Vertrag von 1852 unterzeichnet haben, mittheilhaft werden müßten. Unsere Beihilfe ist von vorn herein jeder Kombination zugesichert, die zum Zweck hätte, dergleichen Fällen vorzubeugen, und noch wollen wir hoffen, daß die Weisheit beider Parteien über bedauerliche Leidenschaftlichkeit den Sieg davontragen wird.

Deutschland ist übrigens von anderen Sorgen beschäftigt. Die in Frankfurt vereinigt gewesenen Fürsten haben den Anstrengungen, das innere Regierungswesen des Bundes zu verändern, die höchste Beschäftigung gegeben, indem sie selbst an dem Studium über die besten Mittel, dahin zu gelangen, Theil nahmen. Alles, was zur Entwicklung und zum Glück eines großen Nachbarstaates, mit welchem wir in den besten Beziehungen stehen, beitragen kann, kann uns nicht gleichgültig sein. Wir folgen diesen Versuchen daher mit freundlicher Aufmerksamkeit, mit dem Wunsche, Deutschland die Vortheile daraus ziehen zu sehen, die es sich davon verspricht und welche es mit den europäischen Interessen und den internationalen Rechten, die sich an die Konstitution des Deutschen Bundes knüpfen, zu vereinigen wissen wird.

Zu Anfang dieses Jahres hat die Regierung des Kaisers mit Zufriedenheit die Ruhe wahrgenommen, welche in Italien auf die durch die römische Frage verursachten Bewegungen gefolgt war. Dennoch scheinen die Gemüther noch nicht günstig genug gestimmt, um sich zu den gegenseitigen Zugeständnissen herzugeben, welche einerseits die Achtung der Rechte und andererseits die Bedürfnisse der Zeit erfordern, damit das Werk der Versöhnung mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden könnte. In der besondern Stellung, welche die Ereignisse der französischen Regierung bereitet haben, bestand der größte Dienst, den sie den Nationen leisten konnte, darin, den verwickelten Leidenschaften, die sich um sie bewegten, unzugänglich zu bleiben. Sie hat das Bewußtsein, auf diese Weise, so viel in ihrer Macht stand daran gearbeitet zu haben, die Zukunft vorzubereiten.

Dieses Hinauschieben war für die Halbinsel nicht ohne Nutzen. Die römische Regierung hat, indem sie sich von den großmüthigen Absichten des Papstes inspirirt, sich bemüht, einige der in der Verwaltung des Kirchenstaats notwendigen Reformen zu verwirklichen. Wir haben Ursache, zu hoffen, daß diese Aufgabe weiter verfolgt werden wird.

Die italienische Regierung hat sich ihrerseits bestrebt, das neue Königreich zu organisiren, seine Hilfswellen zu entwickeln, seinen Militärstatut zu konstituiren, das Räuberwesen mit unserer lokalen Beihilfe zu unterdrücken, und den Ungeflüm, dem es entschlossen war, nicht nachzugeben, zu entmuthigen. Man darf hoffen, daß diese glücklichen Einflüsse die Bestrebungen zu fördern und günstigere Dispositionen zu einer Annäherung erzeugen werden.

Die Regierung des Kaisers sieht sich zu ihrem Bedauern genöthigt, den Widerstand zu bezeichnen, welcher die Ausführung der am 2. Aug. 1862 von Preußen unterzeichneten Verträge ausschließt und einen Zustand unheilbringender Unsicherheit (incertitude funeste) in den Handelsbeziehungen Frankreichs und Deutschlands verlängert. Die preussische Regierung, wir beileben uns, dies zu sagen, ist dafür nicht verantwortlich, und wir lassen ihr nur Gerechtigkeit widerfahren, indem wir hier die lokale Ausdauer ihrer Anstrengungen bezeichnen, um die Zustimmung ihrer Mitverbündeten in die in ihrem Namen eingegangenen Verpflichtungen zu erhalten; aber die Schritte ihrer Diplomatie haben bis heute keinen Erfolg gehabt. Sie wird einen letzten Ruf zur Versöhnung ergehen lassen und in einer allgemeinen, speziell in Berlin zusammenberufenen Konferenz die disfidelen Mitglieder zu einer richtigeren Beurtheilung sowohl der Interessen von ganz Deutschland, wie der der Staaten, einzeln genommen, zurückzuführen suchen.

Wir haben Zutrauen zu diesem letzten Versuch (dans cette suprême tentation), von welchem das Schicksal des Zollvereins abhängt; wir wünschen lebhaft dessen Erfolg, bleiben deshalb aber der Verhaltungslinie getreu, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in seiner Depesche vom 23. März d. J. in folgenden Worten an den Grafen



v. Gabrias, französischer Geschäftsträger in München, dem Hauptfideles Widerstandes gegen den französisch-preussischen Vertrag, gerichtet hat. Ich halte es nicht für nötig, Ihnen gleichzeitig aufmerksame Beobachtung und diejenige Zurückhaltung zu empfehlen, welche die Natur der Verhandlungen, die Sie umgibt, erfordert. Wir können ihnen folgen, aber wir haben kein Recht, uns dazwischen zu mischen. Es sind dies gewissermaßen innere Fragen, in die sich kein fremdes Element mengen soll. Die Regierung des Kaisers hat die feste Absicht, am Verfallstage und in den von dem Vertrage vom 2. August festgestellten Bedingungen ihre Engagements gegen Preußen und seine Verbündeten auszuführen; aber sie ist gleichzeitig entschlossen, zur Erreichung dieses Resultats nur solche Mittel anzuwenden, welche mit der Achtung, die sie unabhängigen Staaten zollt, übereinstimmen. Sie erwarten den Erfolg nicht von einer Einmischung oder einem ihren eigenen Gefühlen entgegen gesetzten Drucke, sondern von einer freien und aufgeschalteten Ueberzeugung.

**Paris, 11. Nov.** Das „Blaubuch“, welches die Darlegung der Lage des Kaiserreichs enthält, wurde heute an die Abgeordneten verteilt. Der Band beginnt mit folgenden Worten: „Die innere Lage ist befriedigend. Die Regierung hatte nicht nötig, zu irgend einer Ausnahmemaßregel zu greifen, um überall die öffentliche Ruhe zu sichern.“ Seite 12 des „Blaubuchs“ beim Kapitel „Finanzen“ findet sich folgende Bemerkung: „In Anbetracht der ungewöhnlich frühen Eröffnung der Session befindet sich die Darlegung der Finanzverhältnisse (la situation budgétaire), welche gewöhnlich im Monat November veröffentlicht wird, dieses Mal in der Motivierung des Budgets.“ Hienach scheint es, daß der versprochene Finanzbericht des Hrn. Fould ausfallen wird. — Nach Briefen aus London scheint der Einfluß des Grafen Russell mehr und mehr abzunehmen, und man zweifelt in gut unterrichteten Kreisen der britischen Hauptstadt kaum mehr, daß er in naher Zeit durch Lord Clarendon (welcher England bekanntlich beim Pariser Kongress vertrat) wird ersetzt werden.

Der „Moniteur“ bringt heute Nachrichten aus Mexiko. Es ist daraus zu entnehmen, daß die Dinge keineswegs ganz nach Wunsch stehen. Die Guerillasbanden reorganisiren sich und eine derselben griff zwischen Vera-Cruz und La Tejera den Eisenbahnpfad an, wobei ein Offizier getödtet und mehrere verwundet wurden. Privatnachrichten schildern die Zustände übrigens weit ernster; ihnen zufolge wäre die Unsicherheit so groß, daß der Erzbischof von Mexico 14 Tage in Puebla bleiben mußte, weil ihm zur Fortsetzung seiner Reise kein genügend starkes Geleite beigegeben werden konnte. — Den Seearsenalen ging die Arbeit zu, die Panzerung aller Schiffe auf's energichste zu betreiben; die ursprüngliche Frist von 6 Monaten wurde auf 3 reduziert. — Die Minorität im Gesetzgeb. Körper wird diesmal eines ihrer Mitglieder unter den Sekretären haben; man nennt bereits Hrn. Darimon. — Die Vorlesungen des Hrn. Eugen Belletan in der Rue de la Paix, welche bekanntlich voriges Jahr untersagt worden waren, sind diesmal erlaubt worden. — Es sieht fast außer Zweifel, daß unter anderen Wahlen jene des Hrn. Jaak Perreire annullirt werden dürfte; es sollen sich dabei ganz absonderliche Dinge zugetragen haben. — Das Steigen der Conjunktions 1/8 und die Verfestigung des kaiserl. Briefes brachten an der Börse einen Aufschwung zu Stande, welcher heute um 20 C. auf 67.25, den Cred. Mob. auf 1100 hob. Die Dauer desselben wird noch bezweifelt. Ital. Anleihe hob sich auf 72.70; man versichert von neuem, daß Rothschild, Königswarter und zwei englische Häuser die vielverwähnten 200 Millionen übernehmen.

### Belgien.

**Brüssel, 10. Nov.** (Fr. 3.) Die Thronrede, womit König Leopold heute die parlamentarische Session eröffnete, war eben so farblos und matt, als sein Empfang ein stürmischer und feuriger war. Der König war denn auch so ergriffen, daß er in den ersten Absätzen der Rede einige Augenblicke stockte und sich nicht in dem Text zurechtfinden konnte. Der gesammte diplomatische Körper war in seiner Tribüne. Doch jene, welche irgend eine politische Anspielung, z. B. auf die an König Leopold ergangene Einladung Napoleons zum Kongresse, erwarteten, oder jene, die in Bezug auf die innere Politik eine accentuirte Sprache erwarteten, wurden enttäuscht. Die Rede, nachdem sie die dem König vom Volke bezogene Theilnahme hervorgehoben, die übliche Versicherung der freundlichen Beziehungen mit allen auswärtigen Mächten berührt, betonte etwas stärker die unter Mitwirkung Hollands erzielte und unumwundene Befreiung des Scheldestromes, stellte einige unwesentliche administrative Projekte in Gemeindegangelegenheiten, Vermehrung der Schulen u. in Aussicht, und schloß dann in höchst einfacher, fast gar zu schmuckloser Weise. Die Liberalen schmolten mit der Regierung, doch dürfte letztere, sind wir gut unterrichtet, nicht ganz die Schuld tragen, wenn anstatt irgend einer politischen Maßregel von Bedeutung die Thronrede nur die Abschaffung der Wüchergesetze, die Revision des Handelsgesetzbuchs in Aussicht stellte. Der König hat, wie es heißt, auf die Streichung mehrerer Paragraphen bestanden, welche die fast bis zur Majorität herangewachsene liberale Minorität verlesen könnten. Nach der Eröffnung passirte der König in seinem prachtvollen Hofgalawagen die Revue der Armee und der Bürgergarde und wurde mit großem Enthusiasmus vom Volke begrüßt. — Sonntag kreuzten sich zu Verdiers zwei Eisenbahnzüge, wovon der erste den König nach Brüssel, der andere den Kronprinzen von Preußen nach Berlin brachte. Letzterer stieg aus und begab sich in den königl. Salonwagen, wo er eine gute Viertelstunde allein mit dem König sich unterhielt. Der Kronprinz war in Zivilkleidung ohne Gefolge.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 7. Nov.** (Nat.-Ztg.) Wie sich die hiesige Presse zu Napoleon's Eröffnungsrede stellen wird, läßt sich noch nicht sagen; denn die Depesche, welche diese Rede enthielt, kam erst gestern Abends hier an und wurde gegen Mitternacht den Blättern mitgetheilt, die sie nun allerdings heute bringen, aber natürlich ohne Kommentar. Nach

einem Auszug, den man schon gestern auf dem Ministerium des Aeußern hatte, schien man dort nicht gerade sehr zufrieden, ob zwar man im Uebrigen sich sehr zugethündigt zeigte. — Uns hier beschäftigten indeß gegenwärtig Lokalfragen fast mehr als Politik. Vor Allem ist es der Brand in der großen Wagenfabrik der Brüder Tubalov, der, einmal gelöscht, wieder ausbrach, noch mehr aber der Einsturz einer Mauer nach dem Brande, wodurch 19 Mann getödtet wurden. Ferner hatten wir in der ehevorgestrigen Nacht auf der Insel Tjema-Ketska einen Brand im Landhause des Prinzen von Oldenburg, wobei Stallungen und Remise verbrannten. Der versicherte Schaden beläuft sich auf 25,000 Rubel. Zur selben Stunde, als das Feuer entbrannte, gab der Prinz selbst in seinem Palais in der Stadt ein großes Diner den Zöglingen einer Militär-Anstalt, deren Kurator er ist. — Die Uebersehnungsgesellschaft sind wir noch nicht ganz los, und vorgestern ertönten die Signale zur Mittagsstunde; das Wasser stand sehr hoch in der Neva und in allen Kanälen, indeß ist es doch zu keinem Austreten desselben gekommen.

Unsere Kaufmannschaft ist in Verzweiflung, weil die Bank einerseits den Diskonto fast ganz verweigert, andererseits bei der Metallausgabe die bekannte Manipulation verfolgt, welche einer Verweigerung des Metallgeldes gleichkommt. Es heißt nun, die ersten hiesigen Geschäftshäuser hätten sich vereinigt, um — eine neue Bank zu gründen? Das nicht, sondern um beim Finanzminister eine Beschränkungsschrift gegen Baron Stieglitz, den Bankgouverneur, einzureichen. Es wird wohl den Petenten nicht besser gehen, wie der nach Pottawa zur Messe gekommenen Kaufmannschaft, die mit Schrecken wahrnahm, daß die gewöhnlich während der Messe vorhandene Bankfiliale diesmal fehle. Es wurde an den Finanzminister telegraphirt, welcher sogleich den Baron Stieglitz zu sich hien ließ. Eine halbe Stunde später erhielt ein Staatsrath im Ministerium den Auftrag, nach Pottawa zu telegraphiren, es sei Alles in Ordnung. — Die Bank habe gut gehalten. Auch hier soll der Baron den Kaufleuten antworten: es sei eine Krise im Anzug, und die Bank halte es für ihre Pflicht, deren Ausbruch zu beschleunigen. Das wäre eine feste Phrase, wenn sie überhaupt richtig wäre. Die Wahrheit aber ist, daß es der Bank an Fonds fehlt; den Metallschatz kann sie nicht zu Diskontoperationen verwenden, und an Noten fehlt es um so mehr, als deren Emission eingestellt ist und die Bank ihre Aproz. Metallnoten nicht anbringen kann, nachdem hier jetzt Geld mit 10 bis 12 Prozent gegen Pfand verzinst wird.

### Großbritannien.

**London, 10. Nov.** Die Feierlichkeiten an dem gestrigen Lord-Mayors-Tag waren die üblichen, doch hatten sie nicht den Schwung früherer Zeiten. In der glanzvoll ausgestatteten Guildhall war die Tafel für 800 Gäste gedeckt. Lord und Lady Palmerston wurden beim Eintritt in die Halle mit donnerndem Enthusiasmus begrüßt. Das Unterhaus, die Aristokratie, der Richter- und Advokatenstand, die Industrie und der Kaufmannsstand — Alles hatte sein Kontingent von Gästen gestellt, nur das diplomatische Korps zeigte eine merkwürdige Zurückhaltung. Die Diplomatie der Alten Welt war durch den — perisschen Gesandten, die der Neuen Welt durch den kolumbianischen Gesandten und den Geschäftsträger von Hayti vertreten; sonst fehlten alle Vertreter auswärtiger Staaten. Indes, weder den Aldermen und dem Lord Mayor, noch den Sheriffs und den Ministern soll die Schilbrotte deshalb weniger gemundet haben. Und als der Lord Mayor den perisschen Gesandten und das diplomatische Korps überhaupt lesen ließ und Se. Excell. Mahmoud Khan im Namen des diplomatischen Korps auf Perissch antwortete, brach die Gesellschaft in Jubel aus. (Es scheint nicht, daß die Antwort verdommetzt wurde; schadet auch nichts.) Den Toast auf die Armee und Flotte beantworteten, wie immer, der erste Lord der Admiralität und der Kriegsminister (der Herzog von Somerset) und der Earl de Grey and Rippon. Für den auf das Oberhaus dankte Carl Granville mit einigen glücklichen Komplimenten.

Der Hauptredner und der Held des Abends war Lord Palmerston, den der Lord Mayor in Verbindung mit Ihrer Majestät Ministern hoch leben ließ, indem er sagte: „Sein Name wird in allen Theilen Europas als Sinnbild der Freiheit angesehen und von den Despoten überall gefürchtet.“ Unter begeisterten Cheers trank man darauf die Gesundheit des Premier, der dann die übliche Dankrede hielt und über die auswärtigen Angelegenheiten [der Staatssekretär des Auswärtigen, Carl Russell, fehlte ebenso wie die auswärtigen Gesandten] sich in folgenden Worten vernahmen ließ:

Es hat Fülle gegeben, wo wir Ihnen zur ruhigen Lage der zivilisirten Welt Glück wünschen konnten. Ich fürchte es diesmal nicht thun zu können; denn obwohl ich hoffe, daß an unserm Horizont nichts ist, was zu einer Kriegswolke werden kann, sehen wir doch auf allen Seiten — im fernem Westen und im entlegenen Orien — Kämpfe der beklagenswerthen Art vor sich gehen und Szenen spielen, daß wir für die Menschlichkeit schauern und tiefes Mitleid für die betroffenen Länder fühlen müssen. (Hört! Hört!) Im fernem Westen sehen wir eine Nation desselben Stammes, derselben Sprache, Religion, Sitten und Literatur in zwei Parteien gespalten, die einander zu Hunderttausenden morden, die einen Kampf führen, dessen Ergebnis sich unmöglich voraussetzen läßt, dessen Ende prophezeien zu wollen Einer gar lächeln müßte. (Hört! Hört!) Während die Regierung Englands diesen Stand der Dinge beklagt, hat sie es doch als ihre Pflicht erkannt, weder den Bitten noch den Scheltworten des einen oder andern Theils nachzugeben. (Cheers.) Schmeicheleien von der einen und Drohungen von der andern Seite waren gleich sehr außer Stande, auf unsere Politik einzuwirken. (Erneuerte Cheers.) Wir haben uns verpflichtet gefühlt, jeder Theilnahme an dem beklagenswerthen Kampf uns zu enthalten. Ja, wenn wir gedacht hätten, daß es in unserer Macht stünde, ihm durch eine freundschaftliche Dogmatisierung ein Ende zu machen, dann hätten wir es an keiner Anstrengung fehlen lassen, einen so heiligen Zweck zu erreichen. (Cheers.) Aber wir fühlten, daß unsere Einmischung vergeblich gewesen wäre, und wir hielten es für unsere Pflicht — und hierin sind wir gewiß den Wünschen des Landes nachgekommen —, eine strenge und unparteiische

Neutralität zu beobachten. (Lauter Cheers.) Im Orien finden ebenfalls Szenen von beklagenswerthem Charakter statt. Wir sehen da von der einen Seite ein barbarisches System geistlicher Ausrottung ausführen, während die andere Seite durch Mord und Mordel-mord Rache nimmt. (Hört!) Wir versuchten, die Gefühle und Meinungen des zivilisirten Europa's für eine gemeinschaftliche Vorstellung gegen Das, was uns ungerecht schien, zu gewinnen. Diese Vorstellungen haben ihren Zweck verfehlt. Wir haben unsere Schuldigkeit gethan, und wir können nur hoffen, daß diejenigen, welchen die Leitung der Angelegenheiten des russischen Reiches obliegt, endlich aufhören mögen, eine Politik zu befolgen, die ihnen das Verdammungsurtheil Europa's zugezogen hat, und daß in jenem unglücklichen Lande der Frieden unter Bedingungen der Billigkeit und Gerechtigkeit wieder hergestellt werden möge. (Hört!) Nun, England bildet eine glückliche Ausnahme der anscheinend allgemeinen Lage der Nationen. Ich schäme mich glücklich, sagen zu können, ich glaube, daß das kommerzielle und materielle Gedeihen des Landes auf einen noch nie vorher erreichten Punkt gestiegen ist. Diejenigen, die den Gang des Welthandels kennen, können Ihnen sagen, daß diese große Stadt London immer mehr und mehr zum Mittelpunkt aller Handelsgeschäfte anderer Staaten wird u. s. w.

Gestern erhielt die Königin die Einladung L. Napoleons zum Kongress eingehändig. Heute ist darüber Minister-rath. Die „Morn. Post“ legt die preussische Thronrede ungünstig aus.

### Baden.

**Karlsruhe, 12. Nov.** Richard Wagner befindet sich seit vorgestern Abend hier und ist damit beschäftigt, zur Vorbereitung seiner großen Musikaufführung die letzte Hand anzulegen.

**Mannheim, 11. Nov.** (Mannh. Z.) Die heute stattgehabte Diözesansynode der Städte Mannheim und Heidelberg fand im Saale des evangelischen Schulhauses statt und hatten sich dazu von Mannheim die H. Stadtpfarrer Greiner, Koch, Schellenberg und Schwarz, sowie die Mitglieder des Kirchengemeinderaths Guyel, Ewenhaupt, Moll und Schmitt, und von Heidelberg die H. Stadtpfarrer Herbst, Sabel, Schellenberg und Zittel und die Kirchengemeinderaths-Mitglieder Pagenstecher, Rau, Schenkel und Sulzer eingefunden. Hr. Stadtpfarrer Schellenberg von hier trug den von ihm verfaßten Bericht über die kirchlichen Verhältnisse der Diözese vor, der ein genaues Bild des Kirchenbesuchs, der Sittlichkeit im Allgemeinen, der moralischen Verhältnisse in den Schulen, der in den gemischten Ehen sich ergebenden Resultate hinsichtlich der Religion der Kinder u. entrollte und Veranlassung zu eingehenden Debatten gab. Die Verhältnisse der Kirche zur Schule in Anbetracht des Religionsunterrichts nach den 44 Theilen des Oberkirchenraths und der von der hochkirchlichen Partei dagegen erhobenen Reklamation, ebenso die Beschränkung des Memorienstoffes aus dem Katechismus riefen sehr lebhaft Verhandlungen hervor, bei denen die drei geistlichen Verteidiger aus den Reihen der kirchlichen Opponenten gegen die Anordnungen der Regierung fast die ganze übrige Anzahl der Synodalglieder gegen sich hatten. Die Synode dauerte mit nur halbständiger Unterbrechung von Morgens halb 9 bis Abends 5 Uhr, und vereinigte sich die Mitglieder nach derselben zu einem gemeinschaftlichen Abendessen im König von Portugal.

### Vermischte Nachrichten.

— **Frankfurt, 11. Nov.** (Fr. 3.) Die Stadtpriize aus der Mech'schen Fabrik in Heidelberg, welche bestimmt ist, den Wettkampf mit der amerikanischen Dampf-Feuerpriize aufzunehmen, ist heute hier eingetroffen. Wie wir vernahmen, werden zu dem bevorstehenden Spritzenwettbewerb auswärtige Feuerwehr-Männer, namentlich aus Württemberg, hier eintreffen.

— **Max Ring** gibt im Feuilleton der „West-Ztg.“ eine Anekdote über Lessing, die er der Mittheilung eines Freundes in Wolfenbüttel zu verdanken hat. Derselbe lebte noch vor einigen Jahren die uralte Aufwärterin des berühmten Schriftstellers. Einige jüngere Verehrer des Dichters suchten die alte Frau auf, um einige Nachrichten über das Leben Lessing's aus ihrem Munde zu vernahmen. Unter andern richteten sie auch zufällig die Frage an sie, ob Lessing geraucht habe. Hierauf antwortete die Aufwärterin, welche überhaupt nicht allzu gut auf ihren berühmten Herrn zu sprechen war, in ihrem plattdeutschen Dialekt: „Hei hatte nix, hei kunne nix, un' dachte of nix, aber schmökten dau he'e ganzen Dag.“ (Er hatte nichts, er konnte nichts und taugte auch nichts, aber rauchen that er den ganzen Tag.)

### Nachricht.

#### Telegramme.

△ **Berlin, 12. Nov.** Im Abgeordnetenhause hat heute die Präsidentenwahl stattgefunden. Anwesend 268 Mitglieder. Gewählt wird Grabow mit 224 Stimmen; auf v. d. Heydt fielen 37. Uiruh und Vokum-Dolffs werden zu Vizepräsidenten gewählt. Grabow bezeichnet sein Amt schwierig bei der düstern Lage des Landes. Der lebhafteste Wunsch des Landes und des Hauses nach einer Lösung des Zerwürfnisses wird erfüllt werden, wenn die beschworene Verfassung immer nur in ihrem eigenen Geiste ausgelegt und gehandhabt werden wird. Dann wird die Treue gegen die Kronrechte nicht von der Treue gegen die Volksrechte zu trennen sein, jede äußere Gefahr todesmüthig besiegt werden, und Preußens Beruf in Deutschland gesichert sein.

Ein Börsengerücht will wissen, die russische Reichsbank habe die Wechselausgabe so gut wie eingestellt.

† **Paris, 12. Nov.** Die französische Bank hat ihren Diskonto auf 7 Prozent erhöht.

Berichtigung. Eine von dem Telegraphen etwas ungenau mitgetheilte Stelle in dem Kongress-Einladungsschreiben des Kaisers Napoleon (S. Karlsruhe, Zg. Nr. 265) lautet richtig also: „Im Falle, daß die Frankreich verbündeten und befreundeten Fürsten es für passend hielten, durch ihre Gegenwart das Ansehen der Verhandlung zu erhöhen, würde ich stolz sein, ihnen eine herzlichste Gastfreundschaft anzubieten.“

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Samstag 14. Nov. Mit allgemeiner aufgehobenem Abonnement: **Große Musikaufführung**, unter persönlicher Leitung des Hrn. Richard Wagner.



In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist so eben erschienen:

Personentarif

für die Eisenbahnfahrten von der Station Karlsruhe ab nach allen Stationen des In- und Auslandes...

In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist vorrätig:

Richard Wagner,

Drei Operndichtungen (Fliegende Holländer, Tannhäuser, Lohengrin)...

„Zukunftsmusik“, Brief an einen französischen Freund

3.c.344. Bockenheim.

Passende Festgeschenke zu Spottpreisen.

Garantie für neu, fehlerfrei und komplet!

Gegen Franko-Einwendung des Betrags oder Postversand zu beziehen von

Joseph Strauß in Bockenheim bei Frankfurt a. M.

Göthe's sämtl. Werke, neue Prachtausg. in 6 Bdn. nur 17 fl. Dieselben mit den Kraubach'schen...

„Die Welt in 24 Stunden“, 2 fl. 24 kr. Das Kaiserreich Japan mit 24 Stahlst. 2 fl. 24 kr.

20 Bände Unterhaltungsschriften für Jedermann, Romane, Novellen, Schauspiele...

Feiner in neuen höchst eleganten Einbänden mit Goldprägung...

Gratis-Beilagen bei Bestellung von 9 fl. an, die dem Porto an Werth gleichkommen...

Aufforderung. Feuerwehr betreffend.

Nr. 706. Von einer größeren Anzahl badischer Feuerwehren wurde der Unterzeichnete beauftragt, die Vertreter aller badischen Feuerwehren durch Umlaufschreiben zu einer allgemeinen Versammlung einzuladen...

Die Maschinenfabrik

Gschwindt & Zimmermann

empfehlen sich zur Anfertigung von stationären Dampfmaschinen, Lokomotiven, Werkzeugmaschinen...

Für Geometer!

3.c.351. Ein ganz neuer höll. Rep.-Theodolit mit horiz. Kreis- u. Nivel.-Einrichtung...

Zu verpachten.

Ein Café-Restaurant mit neuer schöner Einrichtung, nebst 4 Billards neuester Art...

Verkauf.

2 Fischweier, ca. 5 Morgen umfassend, und mit Wäldung und Obstbäumen umgeben...

Große Geldverlosung

von 2 Millionen 700,000 Mark, garantiert und beaufsichtigt von der Herzogl. Braunschweig. Staatsregierung.

Unter 18,200 Gewinnen befinden sich Haupttreffer von Mark 250,000, 150,000, 100,000...

Salomon Simon, Banquier in Hamburg.

zur Unterhaltung der hiesigen Rheinbrücke im Jahr 1864 soll die Lieferung nachstehender Gegenstände im Soumissionswege vergeben werden...

Rheinbrücke.

8,000 Stück Schiffsnägel, 5" lang, 8,000 do. 4" lang, 6,000 do. 3 1/2" lang, 4,000 do. Sendelisen, große, 50,000 do. kleine.

Waldkirch. Holzver-

seiger u. n. g.) Aus Domänenwaldungen verleiern wir mit Vorgriff an

Waldkirch. Holzver-

seiger u. n. g.) Aus Domänenwaldungen verleiern wir mit Vorgriff an

Waldkirch. Holzver-

seiger u. n. g.) Aus Domänenwaldungen verleiern wir mit Vorgriff an

Waldkirch. Holzver-

seiger u. n. g.) Aus Domänenwaldungen verleiern wir mit Vorgriff an

Waldkirch. Holzver-

seiger u. n. g.) Aus Domänenwaldungen verleiern wir mit Vorgriff an

theilhaftig werden nunmehr alle diejenigen, welche innerhalb der gesteckten Frist ihre Rechte und Ansprüche auf die im belagten Ausschreiben näher bezeichneten Eigenschaften nicht geltend gemacht haben...

3.b.565. Nr. 6851. Billingen. (Aufforderung.) Die Witwe des Robert Becker, Anna, geb. Bichner hier, hat um Einsetzung in die Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes...

3.b.568. Nr. 19,135. Karlsruhe. (Fabrikation.) In den letzten drei Wochen kam aus einem hiesigen Privatbau eine große goldene Tafeluhre...

3.b.558. Nr. 22,643. Heidelberg. (Urtheil.)

3.b.549. Nr. 7115. Ettlingen. (Oeffentliche Aufforderung.) Im Juni v. J. hat die Witwe des Schneidermeisters Joseph Lupp...

3.b.558. Adelsheim. (Bekanntmachung.) Aufolge Verfügung vom heutigen, Nr. 7357, wurde unter D. J. 37 des Firmenregisters eingetragen die Firma „Jakob Hummel“...

3.b.549. Nr. 7115. Ettlingen. (Oeffentliche Aufforderung.) Im Juni v. J. hat die Witwe des Schneidermeisters Joseph Lupp...

3.b.560. Tübingen. (Oeffentliche Aufforderung.) Bei dieserzeitiger Berechnung ist eine Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalt von 500 fl. in Erledigung gekommen...

3.c.266. Nr. 3422. Donaueschingen. Offene Gehilfenstelle.

Unter erste Gehilfenstelle mit einem Jahresgehalt von 600 fl. wird zur Bewerbung für Kameralpraktikanten oder Kameralassistenten wiederholt ausgeschrieben.

Die Besuche sind binnen 14 Tagen unter Anschlag der erforderlichen Zeugnisse anher einzulisten.

Donaueschingen, den 2. November 1863.

Königlich fürstlichbergisches Rentamt.

Table with columns: Frankfurt, 11. Novbr. 1863. Staatspapiere, Wechsel-Kurse, Gold und Silber. Lists various financial instruments and their current market values.